



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Tagebuch des deutsch-französischen Krieges 1870/71

Elpons, Paul von
Saarbrücken, [1894]

Montag, 4. Juli.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-66798](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-66798)

Das Vorspiel.

1870.

Freitag, 1. Juli.

Berlin. Drückende Hitze lagert über Europa. Kein Wölkchen scheint den politischen Horizont zu trüben.

Paris. Der Kaiser ist seit einiger Zeit etwas leidend, doch macht er täglich im Park von Saint Cloud Spaziergänge, um zu frischen Kräften zu gelangen. — In der gestrigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers kam es zu stürmischen Szenen. Zur Verathung stand der Vorschlag der Regierung, das Jahres-Aushebungs-Kontingent auf 90 000 Mann festzusetzen.

Nachdem einige Redner von der Opposition gesprochen, sagt:

Kriegsminister Marschall Leboeuf: „Wir haben die Armee um 10 000 Mann vermindert; das war eine Aufforderung zur Entwaffnung. Allein unser Beispiel ist nicht befolgt, die Kontingente der fremden Staaten sind nicht vermindert worden; im Gegentheil hat Preußen, wie im Vorjahre, wieder 95 000 Mann ausgehoben. Als ich in eine Reduktion von 10 000 Mann willigte, geschah dies, weil ich mich friedfertig zeigen wollte wie das Ministerium. Wenn der Friede erhalten wurde, so hatte dies seinen Grund darin, daß wir stark sind. Die Ueberzeugung von der Stärke und Schlagfertigkeit der französischen Armee erhält den Frieden. Alle Welt ohne Ausnahme will den Frieden. . . Oesterreich wurde nur besiegt, weil unvorsichtige Reduktionen seines Armeebudgets es entwaffnet hatten. Den Fehlern der Regierung dürfen wir nicht die der Opposition noch beifügen.“ Kurz, der Marschall ist für einen „imposanten“ Frieden und verlangt, auf ein Kontingent von 100 000 Mann zurückzukommen. Doch will er, um allen Wünschen Rechnung zu tragen, mit 90 000 Mann sich begnügen und die Bestimmungen des Gesetzes von 1868 sich gefallen lassen. Nach diesen Erklärungen würde allem Anschein nach die Diskussion sich nicht weiter erhitzen haben, wenn nicht Herr Thiers geglaubt hätte, mit seinem Ansehen und seiner bedeutenden Beredtsamkeit der Regierung noch weiter beizuspringen. Er hielt eine längere Rede, deren Inhalt lautete:

„Ehemals hatte Preußen 19 Millionen Menschen zu seiner Disposition. Heute, bei seinen obligatorischen Offensiv- und Defensiv-Allianzen mit Süddeutschland, disponirt es über 40 Millionen. Verkennen Sie nicht die durch die Ereignisse von 1866 bewirkten Veränderungen. Anstatt eines föderalen, für den Frieden organisirten, zur Vertheidigung allmächtigen, zum Angriff unmächtigen Deutschlands haben sie nun eine fürchterliche Militärmacht. An deren Spitze steht ein überlegener Mann [Bismarck], der heute für den Frieden ist und in diesem Augenblick keine Ruheförderung bezweckt, allein der 40 Millionen Menschen zur Verfügung hat. Angesichts dieser Macht bedarf es einer neuen, beträchtlicheren Militär-Organisation. Auf allen Bänken dieser Kammer herrscht gleicher Patriotismus; aber der Patriotismus genügt nicht. In solcher Sache sich täuschen, wäre noch unheilvoller, als an Patriotismus es fehlen zu lassen.“ Als warnendes Beispiel dafür führt sodann der Redner Oesterreich an, welches bei Sadowa nur besiegt worden sei, weil es unvorsichtiger Weise an seinem Armeebudget gespart habe. [?] „Vor ähnlichen Irrthümern müssen wir uns hüten. Fügen wir nicht den Fehlern, welche die Regierung in früherer Zeit begangen hat, noch die Fehler der Opposition bei. Wir würden das thun, wenn wir den Bedingungen der Lage nicht Rechnung trügen, wenn wir dächten, daß es von uns abhinge, die Mächte zur Entwaffnung zu bewegen. Damit Preußen wirklich entwaffnete, wäre es nöthig — nicht daß es seine Armee reduzirte —, sondern daß es den Nordbund und die Verträge mit den Südstaaten auflöste. Dieser Bund, diese Verträge

— das sind seine Rüstungen: es wird dieselben nicht aufgeben. Von Entwaffnung also reden, heißt mit einer Chimäre liebäugeln. Alle Welt ist auf dem Friedensstand; nur für Preußen ist dieser Friedensstand ein verdoppelter. Ich bin für den Frieden; aber um den Frieden zu haben, ist es nöthig, daß wir stark sind. Ich würde das Gesetz von 1831 mit sieben Kontingenten zu 100 000 Mann vorziehen, und ich hoffe, daß man darauf zurückkommen wird; aber unter den gegenwärtigen Umständen ist ein Kontingent von 90 000 Mann kaum das Nöthigste. Man darf sich keine Illusionen machen; darum beschwöre ich alle Welt, den Ernst der Lage zu bedenken, und ich bitte Sie, Ihre Schuldigkeit zu thun als gute Patrioten und gute Franzosen!“

Minister Dillivier erklärte, die Regierung bege keinerlei Besorgnisse; zu keiner Zeit sei die Aufrechterhaltung des Friedens gesicherter gewesen als jetzt, nirgendwo existire eine beunruhigende Frage.

J. Favre, der schon vor Thiers eine Oppositionsrede gehalten, besteigt die Tribüne und ruft: „Wenn das Alles wahr ist, warum denn nicht entwaffnen?“ Eine weitere Erwiderung gestattet ihm indeß das Murren und der Lärm der Rechten nicht, welche ungestüm auf Schluß der Debatte dringt, während die Linke die Vertagung auf morgen verlangt. Unter unbändigem Tumulte verläßt J. Favre die Rednerbühne. Man ruft nach Abstimmung. Herr Leroux, welcher präsidiert, weiß sich nicht zu helfen und setzt vergebens die Glocke in Bewegung. Endlich wird durch Aufstehen die Vertagung abgelehnt; allein die Linke verlangt namentliche Abstimmung. Die Deputirten wollen sich dazu nicht verstehen, da es bereits halb acht Uhr ist, und machen sich nach Hause. Ohne Schluß nimmt die Sitzung ein Ende.

In der heutigen Sitzung wurde die Verathung fortgesetzt. Dieselbe nahm einen sehr ruhigen Verlauf und endete mit der Annahme des Kontingentirungs-Vorschlags der Regierung mit 203 gegen 31 Stimmen.

Samstag, 2. Juli.

Berlin. Die hiesigen Blätter berichten von der Absicht eines Besuches des Kaisers Napoleon beim König Wilhelm in Ems, welcher als Gegenbesuch angesehen wird für den Besuch, den König Wilhelm in Gemeinschaft mit dem Kaiser von Rußland in Paris abstattete.

Paris. In der heutigen Sitzung des Gesetzgebenden Körpers kam die Petition der Prinzen von Orleans auf Aushebung des Verbannungs-gesetzes zur Verhandlung. Dieselbe wird abgelehnt, namentlich auf Betreiben Grevy's, welcher sagt, es sei ihm unmöglich, in der Petition der Prinzen von Orleans nur den einfachen Wunsch des Bürgers zu erblicken, der in das Vaterland zurückkehren wolle. Es liege in der Form der Petition, in der Art und Weise, wie sie unterstützt werde, die Tragweite einer monarchischen Aspiration. Wenn ein Republikaner einen solchen Akt unterstütze, so sei er entweder Mitschuldiger oder Betrogenener.

Sonntag, 3. Juli.

Paris. Das Telegraphen-Büreau „Havas“ verbreitet eine ihm aus Madrid zugegangene Meldung, wonach das spanische Ministerium beschlossen hat, dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens anzubieten. Eine Deputation, welche beauftragt ist, den Prinzen hiervon zu verständigen, soll bereits, wie versichert wird, nach Deutschland abgereist sein.

Montag, 4. Juli.

Berlin. Der hiesige Geschäftsträger Frankreichs erschien heute im Auswärtigen Amte, um der „peinlichen Ueberraschung“ Ausdruck zu geben, welche die Annahme

der Kandidatur Seitens des Erbprinzen Leopold in Paris hervorgebracht. Der Staatssekretär antwortete demselben, daß diese Angelegenheit für die preussische Regierung nicht existire und die letztere nicht in der Lage sei, über die Verhandlungen Auskunft zu ertheilen.

Berlin. Die von einer hiesigen Korrespondenz verbreitete Nachricht, daß in „wohlunterrichteten Kreisen“ von einem Besuche die Rede sei, den der Kaiser der Franzosen unserem König in Ems abstaten wolle, reduziert sich wahrscheinlich auf einen Besuch, den der gestern von hier abgereiste kaiserliche Botschafter, Graf Benedetti, heute dem König in Ems und der Königin in Koblenz gemacht hat. In wirklich unterrichteten Kreisen ist wenigstens absolut nichts von jenem dem Kaiser Napoleon unterstellten Vorhaben bekannt, und in der That sind auch die Beziehungen zwischen den Höfen von Berlin und Paris, trotz dem friedlichen Charakter der Politik beider Kabinette, noch immer nicht danach angethan, um auf den schuldigen Gegenbesuch des französischen Kaisers rechnen zu können. Sehr bezeichnend für die in Paris fortbauernde übertriebene Boreingenommenheit gegen Preußen sind jedenfalls die Seitenhiebe, welche der Minister der auswärtigen Angelegenheiten, sowie Herzog von Gramont und der Kriegsminister Leboeuf in rascher Aufeinanderfolge gegen Preußen ausgeheilt haben, und die von unsern amtlichen Kreisen ganz ruhig hingenommen worden sind, obwohl man sich innerlich darüber sehr unangenehm berührt fühlt. Besonders unangenehm hat hier der Vorwurf des Generals Leboeuf berührt, daß Preußen den ihm von Frankreich gegebenen Wink nicht habe verstehen wollen, daß es nicht dem Beispiele Frankreichs gefolgt sei und seine Heeresstärke gleichfalls reduziert habe. Das heiße man, wie in regierungsfreundlichen Kreisen mit Unmuth bemerkt wird, mit aller Gewalt die friedlichen Absichten Preußens verdächtigen und ohne Grund Mißtrauen gegen den Nordbund säen, der doch seine friedliche Tendenz unter anderm dadurch genügend bekundet habe und bekunde, daß alljährlich regelmäßig ausgebildete Mannschaften vor Ablauf ihrer Dienstzeit massenhaft beurlaubt würden.

Paris. Der Botschafter des Norddeutschen Bundes am kaiserlichen Hofe, Freiherr von Werther, besprach sich mit dem Herzog von Gramont und Minister Olivier über die Lage. Er wurde gebeten, bei seiner Anwesenheit in Ems Sr. Majestät dem König die Eindrücke vorzutragen, welche die Frage in Paris hervorgerufen.

Paris. Der „Constitutionnel“ meldet, der Prinz von Hohenzollern habe die von Prim offerirte spanische Thronkandidatur acceptirt. Der Prinz ist bekanntlich durch seine Großmutter mit der Murat'schen Familie verwandt.

Paris. Der Berliner „National-Zeitung“ wird von hier berichtet:

Die bevorstehende Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit, die Petition der Orleans und die Verlegenheiten, welche diese Angelegenheit der Regierung noch immer bereitet, die Spaltung der radikalen Linken und alle anderen Tagesfragen treten heute vor der Neuigkeit zurück, daß der Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen von Marschall Prim auf den spanischen Thron berufen sei und bereits angenommen habe. Seit 1866 ist mir keine politische Neuigkeit erinnerlich, welche ein solches Aufsehen gemacht hätte als die jetzt vom „Constitutionnel“ und anderen offiziellen Blättern bestätigte Nachricht der „Gazette de France“, welche man bis heute Morgen für eine der vielfachen Fabeln gehalten, die über die Besetzung des spanischen Throns seit einem Jahre in Umlauf gesetzt worden sind. Die leicht entzündlichen Franzosen sehen bereits in der Ferne die Welt-herrschaft Karls V. wieder aus dem Grabe erstehen, ausgeübt von den Hohenzollern, anstatt der Habsburger; sie glauben, daß, während sie sich harmlos mit ihrer inneren Politik beschäftigen, Graf Bismarck ihnen ein zweites Sadoma gespielt. — Einige Konjunkturpolitiker gehen sogar schon so weit, zu versichern, daß die ganze Sache in der vielberufenen

Zusammenkunft von Ems abgekartet worden und daß Preußen und Rußland sofort als Garantemächte der katholischen Hohenzollern auf dem Throne Spaniens aufzutreten würden. Dergleichen Gebilde der erhöhten Einbildungskraft bei notorisch chauvinistischen Blättern dürfte man unbeachtet lassen; bemerkenswerth ist aber die Haltung der offiziellen Organe, wie „Patrie“ und „Constitutionnel“. Letzteres Blatt brachte heute Morgen einen Artikel, dessen Schlupfpassus gerade im Munde eines bonapartistischen Organs wunderbar genug klingt, da er auf die obdöse Rolle der Bonaparten in Spanien, namentlich Murats, des Großonkels des Prinzen Leopold, direkt anspielt, um zu sagen, daß diese Erinnerung den Prinzen Leopold als spanischen König unmöglich machen würde. In den Korridoren des Gesetzgebenden Körpers wurde heute von nichts anderem gesprochen, als von dieser überraschenden Neuigkeit, und eine Interpellation der Regierung über diese Angelegenheit wurde schon von mehreren Deputirten in Aussicht genommen; vielleicht wird sich in kürzester Frist der alte Thiers selbst, dem eine solche Frage internationaler Politik als eine Art Specialität gilt, der Sache bemächtigen. Alle Welt ist hier vorerst einig, daß Frankreich die Begründung einer Hohenzollern'schen Dynastie in Spanien verhindern müsse; sollten sich selbst unter den Abgeordneten einige finden, welchen die Besetzung des spanischen Thrones ziemlich gleichgültig wäre, so dürfen sie dies doch nicht sagen. Die Frage ist natürlich nur, auf welche Weise intervenirt werden soll, da doch nur wenige der Ansicht des alten Granier de Cassagnac sind, welcher predigt, daß man vorerst ohne Weiteres das linke Rheinufer nehmen und dann weiter gehen solle.

Paris. Der Botschafter des Norddeutschen Bundes ist nach Ems abgereist. — Im Gesetzgebenden Körper hat der Deputirte Cochery folgende Interpellation eingebracht: „Wir wünschen, die Regierung wegen der Kandidatur eines Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron zu interpelliren.“ (Unterzeichnet von Cochery und vier anderen Abgeordneten.)

Paris. Die Zeitung „Pays“ schreibt: „Der Kaiser Napoleon III. wird sicher nicht einem preussischen Prinzen gestatten, die Krone Karls V. aufzusetzen. Es gibt immer einen Augenblick, wo Frankreich sagen kann: Ich will! Es ist derjenige, wo das Recht auf seiner Seite ist und wo es zu Europa sagen kann: Ich kann!“

Madrid. Alle Minister sollen sich heute Abend nach La Granja begeben zu einer Berathung über die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern, welcher sich bereit erklärt hätte, die spanische Krone anzunehmen.

Dienstag, 5. Juli.

Berlin. In ihrer politischen Rundschau sagt die „Köln. Volksztg.“ bezüglich Frankreichs: Das Glück ist dem französischen Kaiser nicht mehr hold; die militärische Schluppe an der Grenze von Marokko und Algier läßt sich doch nicht gänzlich vertuschen und nun verhängt Sommerhitze und Regenmangel über Frankreich, und zwar ausnahmsweise über Frankreich, einen allgemeinen Futter- und Getreidemangel, welcher den Viehstand des Landvolkes dezimirt, den arbeitenden Klassen das Brot vertheuert und den Abfluß vieler Millionen baaren Geldes in das Ausland zur Folge haben wird. Der Kaiser ist freilich daran so unschuldig als jeder andere Sterbliche; aber die Stimmung verbittert sich dennoch und wendet sich gegen ihn, verlangt von ihm mehr Hülfe, als er gewähren kann. Unter solchen Umständen muß er von der Petition, welche die Orleansiden an den Gesetzgebenden Körper um die Restitution ihrer staatsbürgerlichen Rechte als Franzosen und ihrer konfiszirten Güter richten, im höchsten Grade gereizt sein. Daß er ihnen nicht willfahren kann und Olivier im Gesetzgebenden Körper auf Befriedigung der Frage durch einfachen Uebergang zur Tagesordnung bestehen muß, leuchtet ein. Darüber wollen wir kein Wort verlieren. Die Orleansiden erwarteten sicher nicht